



An die
Vorsitzende des Ausschusses für
Kultur und Medien
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Frau Christina Osei MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/905

A12

27. Februar 2023

**Schriftlicher Bericht der Landesregierung zur Sitzung des
Ausschusses für Kultur und Medien am 2. März 2023**

**Berichtswunsch des medienpolitischen Sprechers der FDP-
Fraktion zu dem Thema „Zukunft des Zeitungsmarkts in Nordrhein-
Westfalen“**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

anbei übersende ich Ihnen den schriftlichen Bericht der Landesregierung
„Zukunft des Zeitungsmarkts in Nordrhein-Westfalen“, den der
medienpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Herr Dr. Ralf Witzel, MdL,
mit seinem Schreiben vom 17. Februar 2023 an Sie erbeten hat.

Mit freundlichen Grüßen


Nathanael Liminski

Schriftlicher Bericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen

zu dem Thema „Zukunft des Zeitungsmarktes in Nordrhein-Westfalen“ zur Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 2. März 2023

Die im Berichtswunsch der Fraktion der FDP angesprochenen Unternehmensentwicklungen bei Bertelsmann bzw. RTL und Gruner+Jahr sowie die zitierte Erhebung des BDZV zum Thema Pressezustellung belegen einmal mehr die Herausforderungen, die der Journalismus im Allgemeinen und der Lokaljournalismus im Besonderen im digitalen Wandel zu meistern haben. Bereits die Antworten der letzten nordrhein-westfälischen Landesregierungen auf die großen Anfragen zum Zeitungsmarkt in Nordrhein-Westfalen – zuletzt Anfang 2020 (Landtagsdrucksache 17/8469, 16.1.2020) – zeigten detailliert auf, wie sich der Zeitungsmarkt Nordrhein-Westfalen im digitalen Wandel angesichts sich ändernder Marktbedingungen und tiefgreifender Veränderungen im Mediennutzungsverhalten wandelt. Gedruckte Auflagen sind rückläufig, redaktionelle Strukturen werden angepasst, elektronische Produkte wie z.B. E-Paper werden verstärkt genutzt, können bislang aber die Erträge aus den gedruckten Presseerzeugnissen nicht ersetzen.

In den vergangenen Jahren hat sich der Druck auf die Lokalzeitungsverlage weiter erhöht. Wesentliche Faktoren waren dabei neben dem längerfristigen Trend der digitalen Veränderungen die Auswirkungen der Covid 19-Pandemie, Kostensteigerungen aufgrund der Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und nicht zuletzt gestiegene Kosten im Pressevertrieb wegen der Einführung und der letzten Erhöhungen des Mindestlohns.

Bereits die letzte Bundesregierung verfolgte vor dem Hintergrund der Diskussion um eine Vertriebsförderung für gedruckte Zeitungen das Vorhaben, gerade auch den Lokalzeitungen mithilfe einer Digitalisierungsförderung zusätzliche Spielräume für Investitionen in digitale Geschäftsmodelle zu verschaffen. Die Förderung wurde nicht realisiert. Das Thema fand aber nach der letzten Bundestagswahl Eingang in den Koalitionsvertrag der amtierenden Bundesregierung. Ein konkretes Konzept liegt bisher nicht vor. Haushaltsmittel sind für eine entsprechende Förderung bislang nicht im Bundeshaushalt etatisiert. Die Landesregierung erwartet von der Bundesregierung eine zeitnahe Konkretisierung und Kommunikation, damit die betroffenen Unternehmen Planungssicherheit im unsicheren Marktumfeld bekommen. Die Nutzung der digitalen Möglichkeiten des Vertriebs lassen sich von der Landesregierung nicht abschließend einschätzen. Dies fällt in die unternehmerische Kompetenz und Verantwortung der Marktteilnehmer.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen betrachtet es als ihre Aufgabe, für den Journalismus im Allgemeinen und den Lokaljournalismus im Besonderen bestmögliche Rahmenbedingungen zu bieten, damit es auch in Zukunft noch möglich ist, sich mit journalistischen Produkten am Markt zu refinanzieren. Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine Grundvoraussetzung für freien Journalismus. Politik zur Förderung der

Medienvielfalt muss gleichzeitig den Grundsatz der Staatsferne beachten. Daher bietet sich eine Förderung von Infrastruktur oder Vertrieb an, fernab des redaktionellen Betriebs.

Zu guten Rahmenbedingungen gehören ausgewogene medienrechtliche Rahmenseetzungen. Deshalb bringt sich die Landesregierung z.B. intensiv ein in die politischen Debatten zum Vorschlag der Europäischen Kommission für ein „Europäisches Medienfreiheitsgesetz“, auch über den Bundesrat, den Rat wie auch den Ausschuss der Regionen (AdR). Im AdR hat der Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Bevollmächtigter des Landes beim Bund, Dr. Mark Speich, die Berichterstattung zum Verordnungsvorschlag übernommen. Er hat hierzu einen umfangreichen Stellungnahmeentwurf vorgelegt, der mit einigen Änderungsanträgen am 1. Februar 2023 von der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX) einstimmig angenommen wurde und am 16. März im Plenum des AdR beraten wird.

Wesentliche Faktoren für wirtschaftlich erfolgreichen Lokaljournalismus sind auch in Zukunft die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften und journalistische Innovationen. Das Thema Fachkräfte geht die Landesregierung übergreifend mit der Fachkräfteoffensive NRW an. Im Medienbereich hat der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski, zudem einen Medien-Fachkräfte-Beirat eingerichtet, der am 7. März 2023 in der Staatskanzlei zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkommen wird. Auch aus dem journalistischen Bereich werden hier Experten dabei sein, um gemeinsam mit der Landesregierung die konkreten Herausforderungen zu definieren und mögliche Handlungsoptionen zu entwickeln.

Konkrete Impulse im Bereich der journalistischen Aus- und Weiterbildung geben zudem die Ruhr-Konferenz-Projekte im Mediensektor, insbesondere die Jugendredaktion Salon5, das crossmediale Einstiegsangebot Medienmacher 4.0-die Ruhrreporter sowie ein Mentoring-Programm des Vereins Neue deutsche Medienmacher*innen e.V. Alle drei Initiativen werden auch in diesem Jahr von der Landesregierung gefördert und weiterentwickelt (siehe dazu auch den Bericht der Landesregierung zum Thema „Wie gewährleistet und stärkt die Landesregierung die Vielfalt im Lokaljournalismus?“ zur Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 27. Oktober 2022).

Bereits seit Anfang 2022 berät das neue Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog, das von der Rheinischen Post, der Deutschen Welle, RTL und dem Constructive Institute getragen wird, Medienunternehmen in der Frage, wie sich journalistische Produkte noch besser an den konkreten Informationsbedürfnissen der Mediennutzerinnen und -nutzer ausrichten lassen, um dem Trend zu Nachrichtenvermeidung entgegenzuwirken und neue Potenziale für die Monetarisierung von journalistischen Inhalten zu erschließen. 2022 und 2023 wird das Bonn Institute maßgeblich mithilfe einer Anschubfinanzierung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen ermöglicht. Gemeinsam mit den genannten Gesellschaftern will die Landesregierung prüfen, wie sich eine längerfristige Finanzierungsbasis sichern lässt.